

Calmer Calwblatt

Nr. 277

Amis- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang.

Verrechnungsmesse: Amal möglichst. Anzeigenpreis: Die kleinste Seite 20 Pf. —
Wochen Nr. 63. — Auf Samstagsanzeigen kommt ein Zuschlag von 100 % — Fernspr. 9.

Montag, den 27. November 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Frachtkosten 20 Pf. — monatlich 60 Pf. —
Preis 20 Pf. — mit Briefporto. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr
vormittags.

Neueste Nachrichten.

Der Reichstag hat den Antrag der Demokraten, der die Erklärung der Reichsregierung billigt, daß sie die Note an die Entente über die deutschen Vorschläge zur Reparationsfrage zur Grundlage ihrer Politik machen will, mit großer Mehrheit gebilligt. Gegen den Antrag stimmten nur die Kommunisten und die Deutschvölkischen. Es scheint demnach, daß weder die Sozialisten noch die Deutschnationalen in absolute Opposition gegen das Kabinett treten wollen.

Die Angriffe der Sozialisten gegen den neuen Reichsernährungsminister haben zu dessen Rücktritt geführt.

Die Konferenz von Lausanne scheint vollständig der Desseinflichkeit entzogen zu werden. Man hört über die Verhandlungen nur meist belanglose Antragsformulierungen, die Stellungnahme der Parteien wird aber nicht bekanntgegeben. Gefühlsmäßig hat man den Eindruck, als sei die Situation in keiner Weise geklärt, sodas jeden Tag mit schweren Verwicklungen gerechnet werden muß, da sowohl die Türken wie die Alliierten ihre festumgrenzten Forderungen haben, die heute noch keine Einigung erwarten lassen. Die russische Delegation hat sich übrigens ohne Einladung in Lausanne eingefunden, und erhebt unentwegt Anspruch auf gleichberechtigte Mitberatung. Der russisch-türkische Block ist ebenso fest geschlossen wie die Allianz der Entente.

Da sich anscheinend die Verhandlungen mit der Türkei noch hinausziehen werden, und da man auch mit Amerika über die Kriegsschuldenfrage noch zu keinem Ergebnis gekommen ist, wird jetzt schon die Desseinflichkeit auf eine weitere Hinauschiebung der Brüsseler Konferenz vorbereitet, was gleichbedeutend mit der weiteren Verzögerung der Marktstabilisierung ist.

Die Reparationsfrage.

Die systematische Verschleppung der Reparationsverhandlungen.

London, 25. Nov. Reuter erfährt, daß an zuständiger Stelle in London noch nichts über den Vorschlag betreffend die Zusammenkunft der Alliierten vor Beginn der Finanzkonferenz von Brüssel bekannt sei. Soweit die britische Regierung unterrichtet sei, stehe das endgültige Datum der Zusammenkunft in Brüssel noch nicht fest. Es werde zwar durchaus anerkannt, daß die gesamte Frage der Entschädigungszahlungen demnächst von den Alliierten besprochen werden müsse. Aber eine endgültige Ausprache sei noch nicht möglich, bevor die Vorschläge der französischen Regierung eingetroffen seien.

London, 25. Nov. (Wolff.) Der Pariser Mitarbeiter der „Times“ schreibt: Infolge verschiedener Erörterungen, die in Paris stattgefunden haben, scheint die Brüsseler Konferenz in Frage gestellt zu sein. Der allgemeine Eindruck sei, daß die Brüsseler Konferenz jetzt zweifelhafter geworden sei als je. Die belgischen Minister schienen unentschieden zu sein. Sie hätten, wie verlautet, Poincaré erklärt, daß sie es vorzögen, den Gedanken daran für den Augenblick aufzugeben, wenn die Aussichten nicht neun gegen eins für einen erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen seien. Der gesamte Plan hänge von einer vorherigen Vereinbarung zwischen Frankreich und England ab. Belgien wünsche aus Gründen, die leicht zu erraten seien, nicht in das Dilemma veretzt zu werden, zwischen den britischen und dem französischen Standpunkt wählen zu müssen. Es erscheine kaum möglich, daß irgendeine Entscheidung erzielt werde, bevor eine Zusammenkunft der Alliierten in etwa zwei Wochen in Paris stattgefunden habe. Es heiße, Morat an lehre nach Amerika zurück, ohne Poincaré gesehen zu haben. Ohne tätige Mitwirkung der Banken scheint eine endgültige Lösung unmöglich. Das reine Moratorium, für das die Bankkreise eintreten, scheint nach wie vor für Frankreich unannehmbar. Vielleicht werde der Völkerbund ersucht, bei der Vorbereitung genauer Ziffern bezüglich der europäischen Schulden seine Unterstützung zu gewähren. Natürlich werde auch die Reparationskommission bei allen Maßnahmen, die beschlossen werden sollten, tätigen Anteil haben.

London, 25. Nov. (Wolff.) Der Washingtoner Beichterstatter der „Times“ hebt das in den Vereinigten Staaten gegenüber Frankreich herrschende Mißtrauen her-

vor und schreibt, die Senatsdebatte vom 23. Nov. könne kaum angenehm für Frankreich und die Freunde Frankreichs sein. Die Ansichten der Senatoren Lusk und Borah würden von der ungeheuren Mehrheit der deutschen Amerikaner geteilt. Beide seien sich eins in dem tiefen Mißtrauen gegenüber der französischen Politik. Die Bedeutung dieser Tatsache brauche nicht erst betont zu werden.

Die übliche französische Hege.

Paris, 26. Nov. Der „Matin“ betont, daß Deutschland, das erkläre, es sei bankrott, als die Alliierten die Reparationen forderten, Geld genug besitze, um sich als erstes auf die Liste der Länder setzen zu lassen, die Wolle aus Argentinien importieren. Im Verlaufe des Jahres 1921 1922 habe Deutschland von 472 000 Ballen Wolle aus argentinischen Fasen die Hälfte importiert. Frankreich komme an zweiter, England an dritter Stelle. Jeder Ballen koste 2000 Franken, so daß die Deutschland an Argentinien dieses Jahr 318 Millionen Franken bezahlten.

Die Konferenz von Lausanne.

Die offizielle Berichterstattung.

Lausanne, 25. Nov. Der gestrige Abendbericht der Konferenz hat folgenden Wortlaut: Der Ausschuß für territoriale und militärische Fragen hat von dem Bericht des Unterausschusses Kenntnis genommen. Dieser Bericht legt die Bestimmungen fest, unter denen eine Zone vom Schwarzen Meer bis zum Ägäischen Meer entmilitarisiert werden könnte. Er sieht andererseits die Bildung eines internationalen Ausschusses vor, der den Bau eines Freihafens in Dedeağaç oder in dessen Umgebung sicherstellen müßte. Dieser internationale Ausschuß würde für die Leistung und die Ausbeute des Hafens, sowie die Überwachung und die Ausbeutung der Eisenbahn Sorge tragen. Der Bericht greift der Regelung der Grenzfrage nicht vor. Der Ausschuß nahm von diesem Dokument Kenntnis, wobei er sich die Lösung der Frage ob offiziell eine Entmilitarisierung mit Garantien verbunden sein soll, vorbehielt. Die bulgarische Abordnung wurde über den wirtschaftlichen Zugang zum Ägäischen Meer vorgenommen. Der Ausschuß wird heute Vormittag 11 Uhr die Debatte über die europäischen Grenzen der Türkei wieder aufnehmen. In Ergänzung dieser amtlichen Mitteilung erfährt man, daß die Türkei fordere, daß die endgültig entmilitarisierte Zone unter die Garantie der Signatarmächte gestellt werde. Bezüglich der Frage eines Korridors für Bulgarien sollen Meinungsverschiedenheiten zwischen der griechischen und der bulgarischen Abordnung entstanden sein. Die Türkei teile die Auffassung der bulgarischen Gesandtschaft.

Die russische Abordnung stellt sich ohne Einladung ein.

Lausanne, 25. Nov. (Wolff.) Der russische Delegierte Nowoski überreichte heute dem Präsidenten der Konferenz folgende von Tschitscherin unterzeichnete Mitteilung der russischen Regierung: Die russische Regierung erinnert die einladenden Mächte an ihr Telegramm vom 26. Oktober, das der russischen Regierung die Entsendung von Vertretern nach Lausanne zur Teilnahme an der Regelung der Meerengrenzfrage vorschlug und in dem diese Mächte erklärten, daß das Datum, an dem die Debatte beginnen wird, der russischen Regierung später mitgeteilt werden würde. Die russische Regierung hat jedoch eine derartige Notifizierung nicht erhalten und auch keine Mitteilung über den endgültigen Beginn der Konferenz seit ihrer Vertagung. Da sie aus den Zeitungen erfährt, daß die Konferenz ihre Arbeiten begonnen hat, hat die russische Delegation beschlossen, sofort nach Lausanne abzureisen. Sie besteht aus dem Präsidenten Tschitscherin und den Mitgliedern Kalowski, Worowski und Dwanik.

Poincaré für den inneren Burgfrieden.

Paris, 27. Nov. Bei der Einweihungsfeier eines Kriegdenkmals in Pouligny hielt Ministerpräsident Poincaré eine Rede, in der er nach den üblichen Vorwürfen gegen Deutschland und Oesterreich zum Burgfrieden in Frankreich aufforderte. Vor Ende des Jahres würden sich Frankreich und seine Alliierten vor die ernstesten auswärtigen Probleme gestellt sehen und wichtige Entscheidungen zu treffen haben, von denen größtenteils die Zukunft Frankreichs abhängen. Er persönlich sei von der Größe der zu lösenden Schwierigkeiten zu überzeugt, um nicht die Streitigkeiten zu begraben, die die Landlungsfreiheit Frankreichs beeinträchtigen könnten. Er fordere deshalb alle guten Bürger auf, sich um die Regierung der Republik eng zusammen-

zuschließen, damit diese in den Stand gesetzt werde, Frankreich endlich die Früchte des Sieges und die Wohltaten des Friedens zu gewährleisten.

Amerika für die Politik der offenen Tür im Orient.

Lausanne, 25. Nov. In der heutigen Sitzung der Kommission für territoriale und militärische Fragen über die noch kein Bericht herausgegeben worden ist, ist es noch zu keiner Regelung der Grenzfrage gekommen. Das wichtigste Ergebnis dieser Sitzung war die große prinzipielle Erklärung, die der amerikanische Vertreter Child abgab. Er ging davon aus, daß die bisherigen Konferenzen gelehrt haben, daß keine Frage einzeln betrachtet werden könne und daß nunmehr der Augenblick gekommen sei, auf gewisse Grundsätze der amerikanischen Politik aufmerksam zu machen, so wie sie in der Note der Vereinigten Staaten vom 10. 10. an die drei einladenden Mächte niedergelegt worden seien. Diese Note hatte darauf hingewiesen, daß die früher zwischen den Alliierten abgeschlossenen Abkommen über das türkische Gebiet zwecks Schaffung von besonderen wirtschaftlichen Einflusssphären, vor allem das Dreierabkommen vom Jahre 1920, nicht mit den Grundbegriffen der wirtschaftlichen Gleichberechtigung übereinstimmen. Die Vereinigten Staaten sprächen daher die Erwartung aus, daß dieses Abkommen nicht verwirklicht werde. Sie wünschten nicht, den Alliierten Schwierigkeiten zu bereiten, sie länder aber auf dem Grundsatz der offenen Tür. Child fügte hinzu, daß die Konferenz mit Vergnügen vernehmen werde, daß die Mehrheit des amerikanischen Volkes diese Politik billige, und zwar nicht nur als nationale Politik, sondern als Politik für alle andern Nationen. Eine solche Politik würde zwar im Gegensatz stehen zu den Bestrebungen, die auf territoriale und andere Vorrechte auf fremden Boden ausgehen, aber sie würde ein wichtiges Element bilden für den wahren Frieden unter den Völkern und die Grundlagen größter wirtschaftlicher Entwicklung der Länder.

Indische Kundgebung für Kemal Pascha.

Lausanne, 25. Nov. Das indische Komitee des Khabibts richtete an die türkische Delegation eine Depesche, in der es heißt: Die Muselmanen Indiens sind sich der Verdienste und Opfer, die Mustafa Kemal Pascha und die neue Türkei der Sache des Islams gebracht haben, voll bewußt. Die feindliche Haltung der britischen Regierung macht auf die Muselmanen Indiens einen starken Eindruck. Der Khabib, der sich unter englische Protektion gestellt hat, hat in Wahrheit abgedankt. Das Telegramm schließt mit der Feststellung, daß die Indier, die die Entwicklung vorausgesehen haben, gegen alle Absichten gewappnet seien und daß sie in die Muselmanen der Türkei ihr volles Vertrauen setzen und fest zu ihnen halten.

Zur auswärtigen Lage.

Um den Rhein.

Kr Kr. Auch Belgien hat seine Pläne mit dem Rhein. Entsprechend dem französischen „Comité de la rive gauche du Rhin“ bildeten belgische „Patrioten“ das Comité de la politique nationale“ in Brüssel. Zur Aufgabe stellte es sich, von dem aufzustellenden deutschen Rheinland auch für Belgien ein Stück zu ergattern und der „rheinische“ Agent der beiden menschenfreundlichen Comités hat daraufhin auch schon vor Jahresfrist den Gedanken, einen belgische beeinflussten Staat Niederrhein zu bilden, in die französisch-belgische Debatte geworfen.

Mit welchen Handelsgeschäften sich das belgische Comité befaßt, verrät recht eindeutig ein Artikel seiner Wochenschrift „La Politique“. Ein Mitglied des Comités, ein Herr Deye, hatte angeregt, den Deutschen ihr früheres Kolonialland Ostafrika zurückzugeben. Dieses unzweifelhafte Eintreten für eine Abänderung des Friedensvertrags zugunsten Deutschlands mußte die braven Patrioten arg verblüffen und bis ärgern. Die Wogen mühten gestillt werden. Die „Politique“ unternimmt dies mit dem schmeichelhaften Hinweis: Die Deutschen seien weniger gefährlich in Dar-es-Salaam als in Lachen.

Des Pudels Kern also: Deutschland soll sich keine Zustimmung zur Bildung eines „selbständigen“ — d. h. französisch-belgischen Rheinlandes gegen Ueberlassung desselben Deutsch-Ostafrika ablaufen lassen, das man ihm auf Grund des Versailles Diktats und bestimmter Absichten geraubt hat. Deutschland soll seine Volksgenossen am Rhein dahingeben und dafür sich in Afrika tummeln dürfen.

Dieses Pländchen wird in ein hübsches realpolitisches Mantelchen gekleidet und mit der Geste höchster politischer Weisheit

r
en
Stichel
ns Bahn
en
träger
d Mützen
macher
d. Rathaus
Calw
äft
Lager in
Kinder-
-Artikeln
huth
paratebau
straße
Kupfer
essel
egenstände
Stricker,
Westen
und Kinder
ung.
mschränke
bar
ter Calw u. Nagold
1 d, Tel. 126.
kauf.
ag, den 27. ds.
hr ab haben wir
en Hof in Calw
er, gewöhnt.
Mischlübe,
htig. Rube,
gwieh
u- und Tausch-
aden
n Löwengart.

Vorgetragen: Die Rückgabe Ost-Afrikas an Deutschland bedeute nämlich beileibe keine Revision des Friedensvertrags; der Gedanke sei realpolitisch und sei mit einer „realistischen Umarbeitung des schlechten Friedensvertrags“ verbunden.

Da sollen die Gesichter aller Patrioten nicht in eitler Freude strahlen.

Amerika und die Propagandareise Clemenceau's.

Paris, 25. Nov. Senator Hitchcock sagte in seiner bereits kurz erwähnten Rede gegen Clemenceau, einer Meldung des „New York Herald“ aus Washington zufolge, weiter, er persönlich habe in der Vergangenheit eine strenge Kritik an der Politik der amerikanischen Regierung geübt, die Europa in einer Zeit im Stich gelassen habe, in der es der amerikanischen Hilfe und des moralischen Einflusses der Vereinigten Staaten sehr bedürftig habe. Er erinnerte daran, daß das amerikanische Volk jetzt einsehe, daß es an dem Mangel an amerikanischer Hilfe für Europa liege, wenn die Vereinigten Staaten in den letzten beiden Jahren materiell geschädigt worden seien und eine ernsthafte Depression durchgemacht hätten. — (Auf die Zwischenfrage seines politischen Gegners, Senators Borah, antwortete Hitchcock, Clemenceau's Vorschläge seien etwas nebelhaft.) — Er möchte zeigen, daß es viele unüberwindliche Hindernisse für ein amerikanisches Zusammengehen mit Frankreich gebe, solange Frankreich bei seiner heutigen Politik gegenüber Deutschland bleibe. Er hege keinen Haß gegen Frankreich und keine übermäßige Liebe zu Deutschland, was er sage, beruhe jedoch auf der Hoffnung und auf dem Wunsch, daß Frankreich eines Tages seinen Irrtum erkennen und gegenüber der deutschen Republik eine neue Politik der Freundschaft einschlagen werde. Das größte Hindernis, das zwischen Amerika und Frankreich bestehe, sei, daß Frankreich hartnäckig von Deutschland Unmögliches in der Reparationsfrage verlange und daß es hierin der öffentlichen Meinung der ganzen Welt troste. Frankreich möchte, wie ihm scheine, lieber, daß Deutschland nicht zahlen könne, als daß es wirtschaftlich stark genug werde, um Zahlungen leisten zu können. Hitchcock zitierte Mittis Buch vom „Friedlosen Europa“ und fuhr fort, es sei der denkbar größte Unsinn, zu behaupten, daß Deutschland die ungeheuren Reparationsforderungen begleichen könne. Frankreichs Haltung sei recht eigentlich dazu angeht, Deutschland zur Befolgung einer Junter-Politik zu zwingen. Deutschland sei eine Republik, aber Frankreich treibe es in die Enge und treibe es so vom Frieden in den Krieg hinein. Er sage das im vollen Bewußtsein des französischen Notstandes und in voller Kenntnis des Wiederaufbaubedürfnisses Frankreichs. Er wünsche die Aufmerksamkeit des Senats ferner auf die propagierende widerrechtliche Besetzung rheinischer Städte durch französische schwarze Truppen zu lenken. Amerika könne einer Nation, die hartnäckig bei einer militärischen und Eroberungspolitik bleibe, seine moralische Unterstützung nicht gewähren. Clemenceau wolle einen bewaffneten Frieden, der ihm dazu dienen solle, Deutschland zu zerstücken und es dem militärischen Frankreich auf Gnade oder Ungnade anzuliefern. — (Borah unterbrach und bemerkte, Frankreich verlange die Unterstützung der Vereinigten Staaten mit Soldaten und Geld, um die französische Grenze zu bewachen und Deutschland Bedingungen aufzuzwingen, die die Welt weder als fair noch als gerecht betrachte.) — Hitchcock verlangte dann, daß Frankreich zum mindesten teilweise abrisse und so, wenn nicht den Buchstaben, zum mindesten aber den Geist des eigenen Vertrags ausführe. — (Borah griff schließlich noch einmal die französische Politik wegen der übertriebenen Heeresausgaben an.)

Ausland.

Deutschenausweisungen in Polen.

Berlin, 24. Nov. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ bleiben die Deutschen-Ausweisungen in Polen an der Tagesordnung. Eine deutsche Lehrerin, die im Kreis Graudenz angestellt war, wurde mit nur 7tündiger Frist ausgewiesen. Desgleichen erhielt ihre Schwester einen Ausweisungsbefehl mit der Drohung, wenn sie nicht binnen zwei Tagen über der Grenze sei, werde sie verhaftet. Als Grund wurde Wiedervergeltung für einen aus Deutschland ausgewiesenen Arbeiter angegeben.

Ehrung tschechischer Staatsmänner durch die Pariser Universität.

Paris, 27. Nov. Die Universität verlieh gestern neun Ausländern, darunter Masaryk und Beneš, den Titel eines Dr. h. c.

Ein französisches Schutzgesetz gegen den Uebergang von Grundeigentum an Ausländer.

Paris, 27. Nov. Aus einer Meldung des „New York Herald“ aus Washington sind dem amerikanischen Botschafter in Paris Anweisungen übermittelt worden, bei der französischen Regierung vorzulegen zu werden, wenn eines der Zeit vor dem französischen Senat schwebenden Gesetzentwürfs, der den Uebergang von Grundeigentum in Frankreich in ausländische Hände von einer Genehmigung der französischen Regierung abhängig macht. Der Gesetzentwurf wird als nachteilig für die amerikanischen Interessen betrachtet. — Redaktionell fügt das Blatt hinzu, in französischen amtlichen Kreisen werde darauf hingewiesen, daß die Maßnahmen sich gegen ehemalige feindliche Ausländer richte, dagegen Anträge von Staaten, die während des Krieges an der Seite Frankreichs gekämpft haben, nicht treffen solle.

Stellenmarkt und Arbeitsverhältnisse in Holland.

Die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt in Holland verschlechtern sich von Tag zu Tag. Nicht nur Handelsfirmen, sondern auch Banken entlassen bis über die Hälfte ihres Personals. In Holland herrscht unter den Kontorangestellten die größte Arbeitslosigkeit. In Amsterdam dürften gegenwärtig 4000 Kontorangestellte arbeitslos sein, in Rotterdam und dem Haag nicht viel weniger. Die Haltung

der holländischen Regierung ist aus diesem Grunde durchaus zu rechtfertigen, wenn sie ausländischen Kaufleuten bei der Einreise Schwierigkeiten in den Weg legt, was aber von vielen Deutschen oft falsch gedeutet wird. Ein Gehalt von 200 Gulden für den Monat ist durchaus nicht zu viel. Das Leben ist mindestens so teuer wie in Deutschland. Die Steuern sind außerordentlich hoch. Für eine anständige Pension muß man 120 Gulden pro Monat rechnen, so bleiben noch 80 Gulden übrig, wofür man sich Kleiden und für die kleinen Ausgaben auskommen muß. Ein Anzug kostet 80—100 Gulden. Kleider ungefähr dasselbe. Wäsche ist auch sehr teuer. Es kann aus diesen Gründen nicht dringend genug gewarnt werden, daß stellunglose Kaufleute nach Holland gehen.

Deutschland.

Die Frage der Anpassung der Beamtenbezüge an die Teuerungswelle.

Berlin, 25. Nov. (Wolff.) Im Haushaltsausschuß des Reichstages erklärte die Regierung bei der Beratung der neuen Erhöhungen der Beamtenbezüge, daß die Heraufsetzung des Teuerungszuschlags um 71 auf 120 Prozent angemessen erscheine. Auch die Erhöhung des Frauenzuschlags auf 2000 Mark monatlich sei erforderlich geworden. Der Ausschuß ermächtigte die Regierung zur schleunigen Auszahlung der erhöhten Bezüge und nahm schließlich eine Resolution an, wonach die gesetzlichen Beihilfen für die Kriegsteilnehmer von 1864, 1866 und 1870/71 angemessen erhöht werden sollen.

Der neue Reichsinnenminister an seine Beamten.

Berlin, 25. Nov. Der neue Reichsminister des Innern, Sjer, begrüßte gestern die versammelten Beamten und Angestellten seines Ministeriums. Auf die von dem Staatssekretär Freiherrn v. Welser an ihn gerichteten Worte des Empfangs erwiderte der Minister, indem er in kurzen Zügen ein scharf umrissenes Bild seines Arbeitsprogramms entwarf. Er betonte, daß das Reichsministerium des Innern das für den Schutz der republikanischen Verfassung verantwortliche Amt sei, und sprach, hieran anknüpfend, die Erwartung aus, daß seine zukünftigen Mitarbeiter sich für die Republik nicht nur lippenmäßig erklären, sondern diese Staatsform durch tätige Mitarbeit freudig unterstützen. Er schäme ein offenes Wort und hasse Intrigen. Er verlange Pünktlichkeit bis zum äußersten und hoffe, mit allen, die darin mit ihm eines Willens seien, vertrauensvoll zusammenarbeiten zu können.

Ein Antrag zur Bekämpfung des Wuchers.

München, 25. Nov. Die Fraktion der bayerischen Mittelpartei brachte im Landtag einen Antrag ein, der von der Staatsregierung alsbald geeignete Maßnahmen fordert, um Rohwareprodukte und Fleisch für die Bevölkerung Bayern und wichtige andere Teile des Reiches in ausreichender Menge zu erhalten und einer Verminderung ihrer Menge durch Verschlebung ins Ausland mit den schärfsten Mitteln, einschließlich der Einziehung des ganzen Vermögens und der Verhängung der Todesstrafe entgegenzutreten.

Ein Grubenbrand in Dortmund.

Dortmund, 25. Nov. Das preußische Oberbergamt in Dortmund teilt mit: Am 23. Nov., nachmittags, brach auf Schachtanlage Chamrot 1 und 2 in Herne ein Grubenbrand aus, bei dem ein Steiger und neun Bergleute getötet wurden. Weitere Leute sind nicht in Gefahr. Das Feuer entstand in einer einzehenden, in Holzzimmerung stehenden Gesteinsrichtstrecke, in der die elektrische Lokomotivförderung mit der Oberleitung umgeht. Die Ursache ist auf einen Kurzschluß auf der Fahrstrecke oder in der elektrischen Kurbel zurückzuführen. Infolge des Kurzschlusses geriet die Holzzimmerung in Brand. Dieser pflanzte sich wegen der lebhaften Wetterzüge schnell fort. Die Verunglückten sind an Brandgasen erstickt, bevor ihnen Rettung gebracht werden konnte. Das Feuer wurde sofort bekämpft und zum größten Teil bereits gelöscht. Die bergbehördliche Untersuchung ist im Gange.

Streik der Berliner Schauspieler.

Berlin, 27. Nov. Wie die Blätter melden, hat sich der Streik der Berliner Schauspieler im Laufe des Sonntags noch verschärft. Weitens die meisten Theater haben nunmehr geschlossen. Es wird mit einer längeren Streikdauer gerechnet.

Töblicher Sturz.

München, 26. Nov. Infolge Nichtfunktionierens eines von ihm erfindenen Fallschirms stürzte heute Nachmittag in Gögging der 40jährige Fluggeschäftsführer Willy Bitten bei einem Abflugversuch aus etwa 400 Meter Höhe vor den Augen seiner Frau nieder und war sofort tot.

Deutscher Reichstag.

Die Aussprache über die Regierungserklärung. Die Vertrauenshandlung für das neue Reichskabinett angenommen.

Nach der Pause wird die Aussprache über die Regierungserklärung durch eine Rede des sozialdemokratischen Abg. Dr. Breitscheid eingeleitet. Er wirft zunächst einen Rückblick auf die Entstehung der Regierungskrise, die dadurch hervorgerufen worden sei, daß die bürgerlichen Parteien angesichts des wachsenden Selbstgefühls des Kapitalismus bestrebt gewesen seien, ihren Einfluß in der Regierung zu stärken und den der Sozialdemokratie zurückzudrängen. Der Anfang der Regierungskrise fiel zeitlich mit der Ermordung Rathenaus zusammen, als die unabhängige So-

zialdemokratie sich bereit erklärte, zum Schutze der Republik in die Regierung einzutreten. Die bürgerlichen Koalitionsparteien wollten davon nichts wissen. Sie beantworteten den Zusammenschluß der beiden sozialdemokratischen Fraktionen durch eine „bürgerliche freie Liebe“ mit der Deutschen Volkspartei. Das Ersuchen, die Volkspartei in die Regierung aufzunehmen, mußte von der Sozialdemokratie abgelehnt werden, obwohl diese Partei niemals der politischen Verantwortlichkeit ausgewichen ist. (Lachen rechts.) So kam Dr. Wirth zu Fall. Nicht aus irgendwelcher persönlichen Voreingenommenheit gegen Dr. Wirth, oder um dem Zentrum einen Affront anzutun, sind wir so vorgegangen, sondern aus rein sachlicher Erwägung. Wir sind überzeugt, daß das deutsche Volk es dem Kabinett Wirth noch einmal danken wird, die Erfüllungspolitik mit Konsequenz zum Nutzen des deutschen Volkes betrieben zu haben. (Lachen rechts.) Wir wissen Herrn Wirth Dank, daß er sich so ehrlich zur Republik bekannt hat, nicht nur durch Worte, sondern auch durch Taten. (Beifall links und in der Mitte.) Mit der Volkspartei konnten wir nicht zusammen regieren, weil sie mit Herrn Stinnes identifiziert werden muß, der für den 10-Stundentag und gegen die Stabilisierung der Mark kämpft. Freilich sitzen bei den Demokraten viele Männer, die sich von Herrn Stinnes kaum unterscheiden. Aber mit dieser kleinen Partei in der Regierung konnten wir leichter fertig werden als mit der stärkeren Volkspartei. Das Kabinett Cuno ist nur ein Notbehelf und die Legende ist bereits zerstört, daß es ein Kabinett über den Parteien sei. Es wäre besser gewesen, wenn die Kanzlerrede kürzer und inhaltlich reicher gewesen wäre. Das jetzt so notwendige Bekenntnis zum Schutze der Republik wurde in einem kleinen Nebenfrage erledigt. Wir billigen es, daß die neue Regierung die Reparationsnote des Dr. Wirth übernimmt und hierin den Kurs der vorigen Regierung weiter verfolgen will, sprechen aber damit nicht das Vertrauen aus, daß der neue Reichskanzler diesen Kurs einzuhalten imstande ist. Wenn er von diesem Kurs abweichen wird, wird er unseren lebhaftesten Widerstand finden, ebenso wenn er den verhängnisvollen Versuch machen sollte, die Zwangswirtschaft vollständig zu beseitigen und an dem 10-Stundentag zu rütteln. — Der Redner unterzieht dann die einzelnen Minister einer Kritik und greift den Ernährungsminister Müller-Bonn heftig an, weil er nicht nur ein Vertreter der agrarischen Interessen, sondern ein Führer der rheinischen Sonderbündler sei. Dem Minister Dr. Becker-Hessing soll der Redner Anerkennung, kündigt ihm aber schärfsten Kampf an, wenn er als Freund Helfferichs das Gegenteil der Wirtschaftspolitik der früheren Regierung treiben sollte. Für den Außenminister v. Rosenbergs sei es keine Empfehlung, daß man ihm nachrühme, sich die diplomatischen Epochen in den Verhandlungen von Vrestitowst und Batarest verdient zu haben. Der Redner schließt mit der Bemerkung, es müßte die Legende zerstört werden, daß man in Deutschland auch ohne und gegen die Sozialdemokratie regieren könne. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Marx (Ztr.) polemisiert gegen die Äußerungen des Vordredners. Dieser habe im Rücken einen anderen Feind als den Kapitalismus und die Arbeitsgemeinschaft. Heute stehe der Feind vor den Toren, während hier Parteienganz getrieben wird. (Händeklatschen bei den bürgerlichen Parteien.) Gerade die Sozialdemokratie hat durch ihr Ausschneiden aus der Koalition die Regierungskrise herbeigeführt. Sie hätte angesichts der Gefahren für unser Volk einmal das Vaterland über die Partei stellen müssen. Dr. Breitscheid hat Dr. Wirth sehr gerühmt. Umso unverantwortlicher ist es, daß die Sozialdemokratie das Kabinett gestürzt hat. Die sachlichen Gründe der Sozialdemokratie gegen die große Koalition mit der Volkspartei sind kaum verständlich, nachdem in wochenlangen Vorberatungen in Gegenwart und mit Zustimmung der Sozialdemokratie der Weg für das gemeinsame Programm geebnet war und zumal ja in Preußen die große Koalition besteht. Der Redner polemisiert dann gegen die Behauptung Breitscheids, daß es sich um den Versuch handele, eine Herrschaft des Kapitalismus herbeizuführen. Mit dem gleichen Recht könne man da sagen, daß die Sozialdemokratie mit ihrem Verhalten ihre Herrschaft über die bürgerlichen Parteien habe errichten wollen. Auch das Schlagwort, daß dieses Kabinett ein Kabinett der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft sei, weise er zurück. Seine Partei habe dem Reichskanzler auf seine Anfrage geantwortet, daß sie ihren Mitgliedern den Eintritt in sein Kabinett nicht verwehren würde. Als Partei sei sie bei der Bildung des Kabinetts nicht befragt worden. Damit falle auch die Frage Breitscheids, ob sie die Verantwortung für Müller-Bonn übernehmen. Das deutsche Volk sehe in seiner höchsten Not nach seinen Wirtschaftsführern, die so oft an den früheren Regierungen Kritik geübt haben. Diese haben es abgelehnt, ihre Fähigkeiten der Regierung zur Verfügung zu stellen. Damit haben sie sich das Recht auf Kritik der Regierung verschert. Der Redner fuhr fort. Wir danken dem ehemaligen Kanzler für seine Arbeit, die er als höchster Deutscher zum Wohle des Volkes geleistet hat. Das Bekenntnis zur Reichseinheit, das der neue Kanzler unter gleichzeitiger Wahrung der Eigenheiten der Länder betont habe, begrüßt der Redner mit großer Freude. Ein zentralistischer Staatsaufbau sei für Deutschland nicht angängig. Der Redner schließt seine Ausführungen mit der Forderung, die neue Regierung möge gegen Schlemmerei und Luxus energisch vorgehen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Hergt (Dk.) verliest eine Erklärung seiner Fraktion, in der es heißt: Die Zusammenfügung der Reichsregierung und die Geschichte ihrer Entstehung weisen neue Züge auf, die für eine Befestigung der politischen Verhältnisse von wesentlicher Bedeutung werden können. Das

n Schutze der Republik
gerlichen Koalitions-
t. Sie beantworteten
demokratischen Frat-
Liebe" mit der Deut-
die Volkspartei in die
der Sozialdemokratie
ei niemals der politi-
ist. (Lachen rechts.)
us irgendwelcher per-
Dr. Wirth, oder um
find wir so vorgegan-
ung. Wir sind über-
Kabinet Wirth noch
politik mit Konsequenz
lieben zu haben. (La-
Dan, daß er sich so
cht nur durch Worte,
ts und in der Mitte.)
zusammen regieren,
ert werden muß, der
Stabilisierung der
Demokraten viele
kaum unterscheiden.
r Regierung konnten
r stärkeren Volkspar-
lotbehelf und die Le-
Kabinet über den
t, wenn die Kanzler-
esen wäre. Das jetzt
der Republik wurde
Wir billigen es, daß
note des Dr. Wirth
vorigen Regierung
damit nicht das Ver-
der diesen Kurs ein-
em Kurs abweichen
Widerstand finden,
Versuch machen sollte,
seitigen und an dem
ner unterzieht dann
er greift den Ernäh-
t, weil er nicht nur
en, sondern ein Füh-
er. Dem Minister Dr.
nung, kündigt ihm
s Freund Helfferichs
der früheren Regie-
minister v. Rosenbergs
nachrühme, sich die
ndlungen von Breit-
aben. Der Redner
die Legende zerrißt
hne und gegen die
fall bei den Soz.)
den die Neußerungen
den einen anderen
Arbeitsgemeinschaft.
ährend hier Parteien
bei den bürgerli-
okratie hat durch ihr
gierungskrise herbei-
hren für unser Volk
stehen müssen. Dr.
nt. Also unverant-
ktratie das Kabinet
er Sozialdemokratie
stpartei sind kaum
Vorberatungen in
r Sozialdemokratie
m geordnet war und
n besteht. Der Red-
uptung Breitsgelds,
eine Herrschaft des
dem gleichen Recht
demokratie mit ihrem
ürgerlichen Parteien
tagwort, daß dieses
ei habe dem Reichs-
daß sie ihren Mit-
ekt nicht verwehren
dung des Kabinetts
ch die Frage Breit-
Müller-Bonn über-
er höchsten Not nach
den früheren Re-
haben es abgelehnt,
erfügung zu stellen.
ritik der Regierung
anken dem ehemals
als höchster Deut-
at. Das Bekenntnis
er unter gleichzeiti-
der betont habe, be-
Ein zentralistischer
ht angängig. Der
mit der Forderung,
emmerlei und Luxus
m.)
ne Erklärung seiner
zusammensetzung der
r Entstehung weisen
der politischen Ver-
werden können. Das

Kabinet Wirth ist an der Schwäche seiner Politik zusammengebrochen. Der Fortführung einer Erfüllungspolitik auf Kosten der Substanz des deutschen Volkvermögens können wir unter keinen Umständen zustimmen. Wir halten es für einen Fortschritt, daß die Bildung des Kabinetts ohne die Sozialdemokratie vorgenommen worden ist und erwarten von der neuen Regierung, daß sie Ordnung und Autorität des Staats gegen Aufruhr und Gewalt, wo immer sie sich finden, schützen wird. Sie wird dabei unsere Unterstützung haben. Endlich muß gleiches Recht für alle geschaffen werden durch Beseitigung der Ausnahmegeetze. Wir sind bereit, der neuen Regierung verfassungsmäßige Möglichkeiten zur Führung der Geschäfte zu geben. Immerhin müssen wir es uns je nach der Tätigkeit der Regierung vorbehalten, in Opposition zu bleiben und so auch weiterhin positive Arbeit zu leisten.

Abg. Schiffer (Dem.): Die Rede Breitsgelds hat weder den Interessen des Reichs noch dem Ernst der Stunde entsprochen. Die Art, wie der Reichstag immer mehr an Achtung im Volk verliere, sei bei der jetzigen größeren Verantwortung des Parlaments eine Gefahr für das Reich. Dem müsse durch eine Aenderung des Wahlrechts entgegen gewirkt werden, die den Wähler wieder in engere Berührung mit seinem Abgeordneten bringe. Der Redner wendet sich dann gegen die Behauptung von der moralischen Schuld Deutschlands am Krieg. Er sieht in der Politik Poincares die Fortsetzung der Politik eines Frankreichs der Clemenceaus und der Napoleons. Er klagt über die schwarze Schmach und die Politik der Ultimaten und Sanktionen und fordert eine nationale Einheitsfront und eine klare Richtung in der Außenpolitik. Die notwendige Verminderung des Beamtenvermögens dürfe nicht ausschließlich auf Kosten der weiblichen Kräfte geschehen. Der schematische Gleichstellung der Löhne müsse ein Ende gemacht werden, damit nicht die ungelerten Arbeiter eine Vorzugsstellung auf Kosten der qualifizierten Kräfte erlangen. Wir müssen aus dem Pessimismus und der Apathie zum Optimismus der Tat und zur Aktivität kommen. Denen, die uns die Lebensmöglichkeit nehmen wollen, rufen wir zu: Haltet Euch, ein 60-Millionenvolk zur Verzweiflung zu bringen. Inzwischen ist ein Antrag der Demokraten eingelaufen, der lautet: Der Reichstag hat die Erklärungen der Reichsregierung zur Kenntnis genommen und billigt, daß sie die Note vom 13. November zur Grundlage ihrer Politik machen will.

Reichsernährungsminister Dr. Müller-Bonn: Der Abg. Breitsgeld hat gegen mich den ungeheuerlichsten Vorwurf erhoben, der gegen einen deutschen Mann erhoben werden kann, den Vorwurf des Landesverrats. Ich weise diesen aufs entschiedenste zurück. Im Jahre 1919 haben dem Rheinlandprobleme viele angesehenen Männer in gleichem Sinne wie ich gegenüberstanden, nämlich dem Rheinland im Verband des Deutschen Reichs eine seiner Eigenart entsprechende Stellung zu sichern. Niemals habe ich einer Bewegung angehört, die auf eine Abtrennung von Gebietsteilen vom Deutschen Reich hinging. Als Persönlichkeiten sich einmischten, mit denen ein deutscher Mann nichts zu tun haben kann, habe ich mich von dieser Bewegung getrennt. Die Getreideumlage ist von mir als Vertreter der Landwirtschaft bekämpft worden, weil sie nicht produktionsfördernd wirken kann. Ich habe aber als Minister die Pflicht, die Umlage hereinzuholen, und werde dies in vollem Einverständnis mit der Landwirtschaft tun. Im übrigen hat mir der Herr Reichskanzler zugesagt, meine Angelegenheit zu klären.

Abg. Solmann (Soz.): Im Jahre 1919, als die Rheinlande am meisten vor der Gefahr standen, der französischen Eroberungslust zum Opfer zu fallen, hatten sich Vertreter aller politischen Parteien dahin verständigt, daß eine Volksabstimmung über eine Loslösung von Preußen in jenem Augenblick für die Rheinlande die schwerste Gefahr bedeuten würde. Daher wurde für diese Abstimmung eine zweijährige Sperrfrist festgesetzt. Gegen diese Sperrfrist leitete Dr. Müller-Bonn eine Bewegung ein, die der Verfassung zuwider sofort eine Volksabstimmung vornehmen wollte. Er war Leiter des Aktionsausschusses, in dem die intimsten Freunde des separatistischen Futuristen Dr. Dorren saßen. Das Treiben des Aktionsausschusses wurde von der damaligen Regierung als Hochverrat bezeichnet. Das Zentrum ist von dieser Bewegung entschieden abgerückt.

Reichskanzler Dr. Cuno erklärt, er könne im Augenblick hierauf nicht entgegen. Der Fall werde objektiv untersucht und das Ergebnis dem Hause mitgeteilt werden. (Unruhe links.)

Abg. Dr. Stresemann (D. VP.): Nach der Erklärung des Reichskanzlers können die gestern gegen Dr. Müller erhobenen Vorwürfe nicht mehr aufrecht erhalten werden. Zweifellos war es durchaus gerechtfertigt, den Syndikus der rheinischen Landwirtschaftskammer zum Ernährungsminister zu wählen. Da aber gerade im Rheinland die Zusammensetzung aller Parteien eine vaterländische Notwendigkeit ist, wäre es verhängnisvoll, wenn eine politisch so umstrittene Persönlichkeit an der Spitze dieses wichtigen Ministeriums steht. Darum begrüße seine Partei die jetzt gefundene Lösung. Redner besprach alsdann die Vorbereitungen für die große Koalition und betonte, wir brauchen jetzt die Führer der Wirtschaft in der Regierung. Für diese sei aber natürlich der Übergang in die Trepplinie der Parteipolitik nicht verlockend. Jedenfalls müßten wir alle dem Reichskanzler Dr. Cuno dankbar sein für das Beispiel an Verantwortungsgesinnung, das er mit seiner Amtsübernahme gegeben habe. Wenn andere Leute nicht schon aus Kollegialitätsgesinnung folgen wollten, so sollten sie wenigstens die Angriffe gegen die Parteien unterlassen, wie sie es getan hätten. Dr. Stresemann polemisierte sodann gegen die Ausführungen Dr. Breitsgelds. Die Meinung, daß die wirtschaftlichen Führer, die Stinnes fol-

ten, nur die Profitinteressen vertreten, sei ganz falsch. Nur das tatsächliche Interesse am Werk sei für diese Leute bestimmend. Für Unterstützung unserer Währung brauchen wir vor allen Dingen die Produktionsförderung. Die Stillungsaktion der Währung muß ohne Schaden für die Industrie durchgeführt werden, wenn die Währung verfallt, so bedeutet das den Untergang des deutschen Kulturschiffes (Lebhafter Beifall). Dr. Stresemann fordert dann den Ausbau der republikanischen Schutzgesetzgebung in der Richtung, daß die Meinungsfreiheit gesichert wird und die Mörderorganisationen verfolgt werden. In außenpolitischer Beziehung sieht er die einzige Aussicht für bessere Verhältnisse in der Gesundung der Geldwirtschaft, die im Gegensatz zu den französischen Nachplänen die ganze Welt darum interessieren müssen, daß nicht ein zusammengebrochenes Deutschland im Bolschewismus untergeht. Eine Politik des Wiederaufbaus in Frankreich sei unvereinbar mit der Politik der Sanktionen und Ultimaten. Von dem neuen Kabinet müsse eine definitive Lösung des Reparationsproblems erwartet werden. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Leicht (Wager. Volksp.) bedauert die Haltung der Sozialdemokratie und weist mit dem Hinweis auf die fürchterliche Not des deutschen Volkes die im Ausland aufgestellte Behauptung zurück, daß Deutschland seinen Währungsverfall selbst herbeigeführt habe. Er begrüßt im Regierungsprogramm vor allem die Zusage, daß die Eigenart der Länder gewahrt und gesichert werden soll. Inzwischen ist von den Kommunisten ein Mißtrauensvotum eingegangen, indem die vor allem angekündigte Durchbrechung des Achtstundentags, die Massenentlassungen von Angestellten und Arbeitern, die Beseitigung der Getreideumlage und die weiter herbeigeführte Ausdehnung der Mißbilligung des neuen Kabinetts ab, weil es nicht auf völkisch idealistischen, sondern rein kapitalistischen Grundlagen regieren wolle. Abg. Dr. Müller-Franken (Soz.) protestiert gegen jeden Abbau der republikanischen Schutzgesetze und sucht nachzuweisen, daß Dr. Wirth nicht von den Sozialdemokraten, sondern von dem Stegerwaldflügel des Zentrums gestürzt worden sei, der unter allen Umständen die große Koalition erzwingen wollte. Ein Zusammengehen mit der deutschen Volkspartei sei für die Sozialdemokratie aber unmöglich, weil dort neben Stinnes auch der Führer der Gelben, Geißler, sitze. Die Form der Bildung des neuen Kabinetts sei kein parlamentarischer Fortschritt. Wenn die Fraktionen gefragt worden wären, dann wäre uns der Fall Müller nicht passiert. Die Regierung werde alle Schritte zur Durchführung der Reparationsnote und zur Stillung der Mark unterstützen, im übrigen aber den Boden der sachlichen Opposition nicht verlassen. Nach Annahme eines demokratischen Schlußantrages gegen die Stimmen der Kommunisten, erklärt der Abg. Solmann (Soz.) in einer persönlichen Bemerkung, daß er seine Vorwürfe gegen Dr. Müller keineswegs zurückgenommen habe. Ein kommunistischer Antrag auf namentliche Abstimmung über die Vertrauensfrage wird nicht ausreichend unterstützt. Der kommunistische Mißtrauensantrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen abgelehnt, das demokratische Vertrauensvotum gegen die Kommunisten, Unabhängigen und deutsch-völkische Gruppe angenommen. Nach debatteloser Erledigung der Novelle zum Branntweinmonopol in allen drei Lesungen vertagt sich das Haus um drei Uhr auf Montag, den 4. Dezember 1922, nachm. 2 Uhr.

Abschied des neuen Reichsernährungsministers.
Berlin, 25. Nov. Der Reichsernährungsminister Dr. Müller-Bonn ist von seinem Posten zurückgetreten. — Wie aus dem Bericht über die Aussprache hervorgeht, wurde Müller-Bonn der Teilnahme an der Abtrennungsbewegung im Rheinland bezichtigt.

Frankzösische Stimmen zur Regierungserklärung.
Paris, 25. Nov. (Wolff.) Zur Programmrede des neuen Reichskanzlers schreibt der „Gaulois“, Dr. Cuno habe sich die von seinem Vorgänger entwickelte Auffassung zu eigen gemacht, Deutschland müsse sich zwar zur Leistung von Reparationen verpflichten, aber erst dann, wenn es seine eigenen Bedürfnisse befriedigt, d. h. wenn man ihm die Möglichkeit verschafft habe, seine Wirtschaftslage zu sanieren. Diese Argumentation lasse sich vertreten, insofern könne Frankreich sich nicht mit einem einfachen Versprechen begnügen, wenn es Deutschland die nötige Zeit gewähre, um seine Finanzen wieder in Ordnung zu bringen, seinen Verpflichtungen Genüge zu tun. Welche Garantie werde Frankreich haben, daß Deutschland seine Zusage halte, wenn es nicht sofort in den Besitz von Pfändern gelange, die es gegebenenfalls für Versagen seines Schuldners schadlos halte? — Die radikale „Lanterne“ führt aus: Was wollen wir? Etwas von den 52 Prozent von jenen 132 Milliarden, die uns die besiegten Deutschen schuldig sind? Wer kann sie bezahlen? Nicht die deutschen Arbeiter, auch nicht die Erben des kleinen Bürgerlums. Das Geld muß da gesucht werden, wo es ist. Nun ist sich aber alle Welt einig darüber, daß das öffentliche Vermögen ausschließlich in den Händen der Industriellen und des Handels liegt. Damit muß man auch zugeben, daß die Diskussion jetzt zum mindesten den Vorzug bietet, sich einigermaßen direkt zu vollziehen, wenn wir von den Vertretern der deutschen Magnaten die Summen verlangen, die sie allein uns geben können. — In der „Victoire“ schreibt Gustave Hervé, in Frankreich habe man keineswegs die Absicht, das linke Rheinufer zu annektieren. Wenn aber die Deutschen verhindern wollten, daß Frankreich dieses linke Rheinufer hinter den zur Ueberwachung des Ruhrgebiets am Rhein gelandeten französischen Garnisonen als neutralen Staat einrichte, müßten sie sich schon entschließen, den Vertrag von Versailles durchzuführen. Denn er bestimme in den Artikeln 428, 429 und 430 ausdrücklich, daß Frankreich das linke

Rheinufer erst zu räumen brauche, wenn die Bedingungen des Vertrags von Deutschland getreulich erfüllt würden. Der Versaillesvertrag sei eben nicht so schlecht gemacht, wie man ihm nachsage.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 27. November 1922.

Dienstnachricht.

Herr Stadtschultheißenamtssekretär Seitz ist zum Verwalter der Allgem. Ortskrankenkasse Freudenstadt gewählt worden.

Invalidenversicherung und Rentnerausgleichsmaßnahme

Haben durch die Gesetzgebung der letzten Zeit eine erhöhte Bedeutung gewonnen, über die bis heute noch nicht alle Beteiligten Kreise genügend unterrichtet sind. Der Aufrechterhaltung der Invalidenversicherung wird keineswegs die erforderliche Beachtung geschenkt. Ein großer Teil der Versicherten weiß über Anfang und Beginn der Versicherungsansprüche nur ungenügend Bescheid und viele haben von der aus Reichs- und Gemeindegeldern fließenden Rentenempfangsunterstützung keine Ahnung. Fast täglich muß man die Erfahrung machen, daß Antrag auf Rentenverwilligung und Gesuchen um Rentenempfangsunterstützung wegen Nichterhaltung der gesetzlichen Anmeldefristen nicht voll entsprochen werden kann, wodurch die bedürftigen Rentner mehr oder weniger Schaden erleiden. In zahlreichen Familien, deren Ernährer krank und arbeitsunfähig ist, herrscht Mangel, und viele betagte einkommenslose Frauen, besonders Witwen, darben, weil sie von den ihnen zustehenden Ansprüchen und deren Voraussetzungen nichts wissen. Es kann daher nur jedermann dringend empfohlen werden, in eine Prüfung seiner Invalidenversicherungsverhältnisse einzutreten und notwendigenfalls bei den zuständigen Stellen (der Ortsbehörde für die Arbeiterversicherung, Ortskrankenkasse usw.) Auskunft einzuholen.

Eine besonders weit verbreitete irrige Anschauung ist die, daß neben Krankengeldbezug eine Invalidenrente nicht beansprucht werden könne. Dem ist nicht so. Die Invalidenrente wird gewährt vom Beginn der Invalidität an, die schon seit dem ersten Tag der Erkrankung vorliegen kann, jedenfalls aber nach Ablauf der 26. Woche als vorhanden angesehen wird und im Falle nicht dauernder Invalidität zur Verwilligung der Krankrente führt.

Ueber die Voraussetzungen der Witwenrente sind die wenigsten Frauen richtig unterrichtet. Witwenrente erhält die invalide, nicht selbst versicherte Witwe nach dem Tode ihres versicherten Mannes, vorausgesetzt, daß dieser nicht schon vor dem 1. Januar 1912 invalide war oder vor diesem Zeitpunkt gestorben ist.

Ist nun bei vielen in Frage kommenden Personen Unkenntnis ihrer Ansprüche, ja oft eine gewisse Interesslosigkeit anzutreffen, so finden sich aber auch solche, die namentlich die Rentenempfangsunterstützung in einer Weise auszunutzen suchen, die sie strafbar machen kann. Es ist schon wiederholt vorgekommen, daß Unterstützungen auf Grund unrichtiger oder unvollständiger Angaben nachgesucht oder nach wesentlicher Verbesserung der Einkünfte weiterbezogen wurden. Neben der Erbschaft haben solche Personen ernste Folgen zu erwarten. Es ist Anlaß gegeben, daran zu erinnern, daß für Rentenempfangsunterstützung die Verpflichtung besteht, alle erheblichen Veränderungen in ihren Einnahmen anzuzeigen.

Landeskunstbeirat.

Im Jahre 1867 wurden durch Verfügung des Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens Bestimmungen über die Verwaltung der Kunstsammlungen des Staates erlassen, die formell bis heute noch in Geltung standen. Aus Anlaß der durch den erheblichen Zuwachs an staatlichem Kunstgut notwendig gewordenen Neuorganisation der Kunstsammlungen wurden namentlich wie im „Staatsanzeiger“ mitgeteilt wird, die einschlägigen Bestimmungen der Verfügung von 1867 aufgehoben und neue Vorschriften über die Verwaltung der Sammlung erlassen. Zugleich wird beim Ministerium des Kirchen- und Schulwesens — und zwar bis das in der Verfügung vorgesehene Gesetz über die Beiräte erlassen wird, zunächst in vorläufiger Form — ein Landeskunstbeirat errichtet werden, dessen Aufgabekreis jedoch im Gegenjah zu dem der bisherigen Kunstkommision nicht nur die Angelegenheiten der bildenden Künste, sondern das ganze Gebiet der Kunst umfassen soll. Der (vorläufige) Landeskunstbeirat wird daher in vier selbständige Abteilungen für bildende Kunst, darstellende Kunst, Tonkunst und Wortkunst (Sprache und Dichtung) gegliedert, von denen zunächst die Abteilung für bildende Künste ins Leben gerufen werden soll. Ihre Mitglieder setzen sich nach den demnächst im Amtsblatt des Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens erscheinenden näheren Bestimmungen aus Künstlern, Kunstgelehrten und Kunstfreunden zusammen. Den Vorsitz führt der Minister des Kirchen- und Schulwesens oder ein von ihm beauftragter Beamter seiner Verwaltung. Die Mitgliedschaft ist ehrenamtlich, so daß Kosten nicht entstehen. Für die besonderen Aufgaben, die die Beratung des Ministeriums bei der Verwaltung der Kunstsammlungen mit sich bringt, werden innerhalb der Abteilung ständige Unterausschüsse und zwar einer für Malerei und Graphik, ein weiterer für Plastik gebildet werden.

Vom deutschen Fußballsport.

Die deutschen Mannschaften haben in der abgelaufenen Saison 409 131 Fußballspiele ausgetragen. Das ist die weitaus höchste Zahl seit Einführung des Fußballsports in Deutschland. Beteiligt waren daran über 24 000 Mannschaften. Fast 4000 Spiele wurden gegen ausländische Mannschaften ausgetragen. Auffallend gering ist die Zahl der Unfälle, die nur 2,21 Prozent auf 1000 Wettspiele ausmachten.

Aufruf zu Gunsten des Mittelstands.

Sämtliche Minister, mehrere Parteiführer, die leitenden Persönlichkeiten der Religionsgemeinschaften und zahlreiche Verbände wohlthätiger und wirtschaftlicher Art erlassen einen Aufruf, um dem schwer bedrängten Mittelstande die dringend notwendige Hilfe anzuweisen zu lassen. Der Aufruf weist darauf hin, daß die öffentlichen Mittel nicht ausreichen, um die Not zu lindern. Der größte Teil des bedürftigen Mittelstandes sei überhaupt noch nicht von der öffentlichen Fürsorge erfaßt. Um allen unerschuldet in Not geratenen Volksgenossen eine spürbare Hilfe zu bringen, seien gewaltige Mittel erforderlich. Wenn von 80 000 Personen jede nur 2000 M erhalten solle, so seien schon 160 Millionen Mark notwendig. Wie im übrigen Deutschland die Deutsche Notgemeinschaft, so wolle in Württemberg die „Heimatnot“ alle Opferwilligen zu einem großen Hilfswerk zusammenfassen. Der Aufruf richtet sich in erster Linie an die leistungsfähigen Kreise von Industrie, Handel und Landwirtschaft mit der Bitte: Gebt rasch und reichlich ab an Geld, Lebensmitteln und Stoff! Er wendet sich aber auch an die Beamten, Angestellten und Arbeiter: Verzichtet auf den Lohn oder Gehalt, wenigstens für eine Stunde im Monat zugunsten eurer schwerbedrängten Volksgenossen! Insbesondere wird die verdienende Jugend aufgefordert, der alten, hilflosen Leute zu gedenken, die ihr Leben lang gearbeitet und gespart haben und jetzt vor Not und Sorgen nicht mehr hinaussehen. Nur wenn alle zusammenstehen und eine geschlossene Notgemeinschaft bilden, lassen sich im Winter Katastrophen verhindern. Die ersammelten Gelder und Lebensmittel, die ganz in Württemberg verbleiben, werden wie bisher zu Einzelgaben, zum Betrieb von Speisungen und Wärmestuben, zu verbilligter ärztlicher Behandlung, zur Unterbringung in Heimen, zur Arbeitsbeschaffung und dergl. verwendet werden. Geldpenden und sonstige Gaben nehmen entgegen die Zentralleitung für Wohltätigkeit in Stuttgart, Kasterstraße 29 (Postfachkonto Nr. 2825, Girokonto Nr. 2640 bei der Stadtsparkasse und Nr. 580 bei der Württ. Landessparkasse, Stuttgart), die Bezirkswohltätigkeitsvereine sowie die durch Aushang kenntlich gemachten Sammelstellen.

Zur Straßenreinigung.

Das Staatsministerium hat den Entwurf eines Gesetzes festgestellt, wonach das Reinigen, Begießen und Bestreuen der Ortsstraßen sowie der Eisterstrecken von Staatsstraßen und der vor bewohnten Gebäuden und den dazu gehörigen Hofräumen und Nebengebäuden gelegenen Außenstrecken dieser Straßen — neben der von dem Wegunterhaltungspflichtigen zu bewirkenden geordneten Unterhaltung — den Gemeinden obliegt, soweit ein polizeiliches Bedürfnis besteht und nicht auf Grund gesetzmäßiger Anordnung der zuständigen Behörde ein Dritter einzutreten hat. Die bezeichneten Leistungen können durch Ortsbauabteilung oder, soweit eine solche nicht besteht, durch ortsübliche Vorarbeit der Eigentümer oder Besitzer der an die öffentlichen Wege angrenzenden Gebäude und Grundstücke ganz oder teilweise aufert werden. Der Gesetzentwurf wird dem Landtag demnächst zugehen.

Entwurf einer Änderung

des Gebäudebrandversicherungsgesetzes.

(Stuttg.) Stuttgart, 23. Nov. Das Staatsministerium hat dieser Tage den Entwurf einer Änderung des Gebäudebrandversicherungsgesetzes festgestellt, die die Möglichkeit schaffen soll, die Versicherungsbeiträge für die Gebäude mit höherer Brandgefahr zu verdoppeln und in außerordentlichen Fällen zur Deckung der der Gebäudebrandversicherungsanstalt obliegenden Leistungen auch während des laufenden Jahres Nachumlagen anzuordnen. Der Entwurf wird dem Landtag demnächst zugehen.

Vom Landtag.

(Stuttg.) Stuttgart, 24. Nov. Dem Landtag ist ein erster Nachtrag zum Haushaltsplan der Verwaltung des Innern betr. die Neuordnung des Polizeiwesens zugegangen. Bekanntlich geht die Sicherheits- und Kriminalpolizei in die Staatsverwaltung über. Die staatliche Polizeiverwaltung erfordert an persönlichen Ausgaben 570 800 000 M., an sachlichen und vermischten Ausgaben 27 500 000 M. Nach Abzug der Einnahmen (Beiträge der Gemeinden, des Reichs usw.) verbleibt noch eine Gesamtausgabe von 132 065 000 M. Für die Zeit vom 1. Dezember 1922 bis 31. März 1923 werden 44 221 000 M. angefordert, wozu an einmaligen Ausgaben noch 15 Millionen treten.

(Stuttg.) Stuttgart, 24. Nov. Der Abg. Mittwich (Komm.) hat im Landtag eine kleine Anfrage an den Finanzminister gerichtet, ob er bereit ist, eine Anweisung herauszugeben, wonach bei Kurzarbeit der Steuerabzug vom Lohne unterbleibt. — Der Abg. Kübler richtete an das Staatsministerium die Anfrage, ob es bei der Reichsregierung dahin wirken wolle, daß für den Bezug von Markbrot eine Abstufung nach dem Einkommen in der Richtung eingeführt wird, daß die Bezugsmenge in dem Grade sich vermindert, in dem das Einkommen die vorgeschriebene Höhe übersteigt.

(Stuttg.) Böblingen, 25. Nov. Der 51 Jahre alte Schmied Jakob Schmid von Holzgerlingen wollte seiner Arbeit nachkommen, ist dabei anscheinend vom Windstoß des anfahrens Zuges erfaßt und unter die Räder geschleudert worden. Er war sofort tot.

(Stuttg.) Stuttgart, 25. Nov. In der letzten Gemeinderatsitzung sprach Gemeinderat Dr. Göser als Vorstand des Lebensmittelamts den Dank der Stadt Stuttgart für die Kartoffelhilfe der württ. Landwirtschaft aus. Er erwähnte darin, daß dank der Unterstützungswilligkeit der Landwirte die angemeldeten bedürftigen Personen in Stuttgart voraussichtlich zum größten Teil berücksichtigt werden können. An der Spitze der Lieferungen steht wieder Niedlingen mit über 1700 Ztr. Kartoffeln.

(Stuttg.) Stuttgart, 25. Nov. Der von Mai bis Oktober durchgeführte Flugpost- und Passagierverkehr zwischen dem Cannstatter Wasen und Jülich bei Nürnberg hat sich ganz vorzüglich entwickelt: in der verhältnismäßig geringen Zahl von Flugtagen wurden etwa 700 Passagiere befördert. Das Flugzeug war beinahe täglich voll besetzt, oft mußten Passagiere abgewiesen werden. Die Flugpreise haben sich von anfangs 350 M für die einfache Flugreise Stuttgart-Jülich,

der Steigerung der Benzin- usw. Preise folgend, auf zuletzt 2000 M gesteigert. Eine große Zahl der Reisenden ist von valutastarken Ausländern gestellt worden. Die Benutzung des Flugzeuges zur Postbeförderung entsprach nach wie vor nicht den Erwartungen.

(Stuttg.) Waihingen a. E., 25. Nov. Der 28 Jahre alte verheiratete Arbeiter August Fiedler von Kofswag war an dem Steinauzug im Steinwerk Paretel mit Nagen beschäftigt, als sich der Aufzug in Bewegung setzte. Durch die herabfallenden Steine wurde Fiedler so schwer verletzt, daß er im Krankenhaus bald verstarb.

(Stuttg.) Egmaringen, 25. Nov. König Manuel von Portugal, der Schwiegerohn des Fürsten von Hohenzollern und Königin Auguste Viktoria geborene Prinzessin von Hohenzollern, statleten kürzlich dem Fürsten einen Besuch ab. Zu Ehren des Königs wurde ein großes Festmahl gegeben, an dem die Honoratioren sich zahlreich beteiligten.

Geld-, Volks- und Landwirtschaftl.

Der Wert der Gold- und Silbermünzen.

Berlin, 24. Nov. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 27. November bis 3. Dezember unverändert zum Preise von 20 000 M für ein Zwanzigmarkstück, 10 000 M für ein Zehnamarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres ebenfalls unverändert zum 450fachen Betrage des Nennwertes.

Märkte.

(Stuttg.) Ehingen, 24. Nov. Dem Schweinemarkt waren 351 Ferkel und Läufer zugeführt. 1 Paar Ferkel galt 20 000 bis 25 000 M, Läufer 35 000—40 000 M.

(Stuttg.) Ulm, 25. Nov. Dem Samstagmarkt waren 256 Milch- und 4 Läufer Schweine zugeführt. Der Handel war flau. Milchschweine kosteten 6—14 000 M, Läufer Schweine 25—30 000 M je das Stück.

(Stuttg.) Freudenstadt, 25. Nov. Bei dem Nadelstammholzverkauf der Stadtgemeinde kamen zum Verkauf 462 10 Festmeter Langholz 1.—6. Klasse und 29,92 Festmeter Sägholz 1.—3. Klasse. Das Angebot betrug 893 894,50 M. Die Angebote für die einzelnen Lose schwankten zwischen 2250 und 4850 Prozent der Oktobertaxe (1 Festmeter 1. Klasse 2100 M). Die Höchstgebote für die 8 Lose wurden von den Firmen Bernhardt und Bruber in Freudenstadt und Gebr. Heinselmann in Schiltach abgegeben und zwar für 1. Los 4700 Proz., 2. Los 4700 Proz., 3. Los 4573 Proz., 4. Los 4710 Proz., 5. Los 4850 Proz., 6. Los 4500 Proz., 7. Los 4625 Proz., 8. Los 4637 Proz. Der Gesamterlös beläuft sich auf 41 550 391 M = 4618,3 Proz. der Taxe vom 1. August 1922 oder 410 Proz. der neuen Landesgrundpreise vom 1. November 1922.

Die öffentlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Wägen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da die jene noch die log. wirtschaftlichen Verteilungen in Betracht kommen. D. Schüll.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Zeitmann, Calw. Druck und Verlag der W. Zeitmann'schen Buchdruckerei Calw.

Lehrgebeiträge aus Stiftungen.

Bewerbungen um Beiträge für die diesjährige Verteilung wollen bis zum 2. Dezember 1922 unter Vorlage des Lehrvertrags und eines Führungszeugnisses eingereicht werden.

Calw, den 25. November 1922.

Stadtpflege: Frey.

Calw, den 26. November 1922
Statt besonderer Mitteilung.
Todes-Anzeige.
Meine liebe gute Frau, unsere treubeforgte Mutter, Schwester, Schwägerin und tante
Christiane Maier 
geb. Ehnis
Ist heute früh nach längerem, mit Geduld ertragenem Leiden sanft im Herrn entschlafen.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
der Gatte: **Matth. Maier**, Walmstir.,
mit seinen 8 Kindern.
Beerdigung Dienstag Mittag 1 Uhr.

Calw, den 26. November 1922.
Statt jeder besonderen Anzeige.
Unsere treubeforgte Schwester, Schwägerin und unsere herzengute Tante und Großmutter
Fräulein Marie Weik 
wurde heute in die ewige Heimat abberufen.
Um stillen Beileid bitten
die Brüder: **Karl Weik**, Calw;
Friedrich Weik, Chicago;
der Neffe: **Friedrich Stregle**, Stuttgart;
die Nichte: **Emilie Sagger** mit Familie,
Stuttgart.
Beerdigung Dienstag Mittag 2 Uhr.

Sie wollen

eine Tageszeitung lesen,
die Sie über alle wirtschaftlichen u. politischen Fragen unterrichtet und dabei doch billig ist,

Dann bestellen

Sie auf 1. Dezember das „Calwer Tagblatt“.

Calw, den 26. November 1922.
Todes-Anzeige.

Allen teilnehmenden Verwandten, Fremden und Bekannten geben wir die schmerliche Nachricht, daß mein ungeliebter Vater, unser treubeforgter Vater, Schwager, Bruder, Großvater, Schwager und Onkel
Ulrich Kirchherr
Bahnsportler a. D.,
am Samstag abend 1/2 10 Uhr im Alter von 71 Jahren, nach langem, mit Geduld ertragenem Leiden, sanft im Herrn entschlafen ist.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung Mittwoch Nachmittag 3 1/2 Uhr.

Deutscher Zeitung / in Württemberg /
Stuttgarter Neues Tagblatt
Täglich 7 Ausgaben
Erlaubt Anzeigenblatt

Altmetalle

werden zu folgenden Preisen eingekauft:
Kupfer M. 800.— p. Mg
Messing „ 600.— „
Zink u. Blei M. 450.—
per Kilo ramm
Zinn von M. 1500.—
bis M. 2000.— p. Mg. bei

Rosdzial,
Pforzheim,
Klostermühlgasse 6
Eckaden, Telefon 2681.
Frachter und Wechselbranger werden bevorzugt.

Guterhaltenes Piano
Sofort zu kaufen gesucht.
Preisangebote mit sorgfältiger Verpackung.
Offerte unter S. S. 4175 an Rudolf Wölfe Stuttgart.

Heu und Stroh
nur gute Qualität kaufen
Sanatorium Schwarzwaldheim, Schönbühl, Station Leuzenfeld.

Obacht Hausfrauen!!!
Alte Möbel werden wie neu durch Möbelputz
„Wunderschön“.
Otto Vinçon, Calw,
Fr. Lamparter,
Gg. Pfeiffer

A. CZLSCHLÄGER'SCHE BUCHDRUCKEREI CALW

Anfertigung von Zeitschriften, Werken, Prospekten, Katalogen usw.

Fleischstände
Suche auf 1. Januar ordentliches
kan. Wer, sagt die Größe, stelle dieses Bist es.

Für Felle
jeder Art, sowie gebrauchte Mehlsäcke und alle Sort. Säcke werden die höchsten Preise bezahlt nur bei
Rosdzial,
Pforzheim,
Klostermühlgasse 6
Eckaden, Telefon 2681.
Jedes Quantum wird abgeholt.

Mädchen
Frau E. Bindner, Wahnhojstraße 410.
Bräutigamholz
kauft zu hohen Preisen kleine und große Quant.
Alfred Mayer, Immendingen.
oder Auskunft siehe postwendend gerne bereit.

Alle Sorten
Felle
kauft zu den höchsten Preisen.
Gg. Kold, Künzler.

O'fisi
Regierung
Berlin,
kostenlos
Anweisung
Reparatur
Regierung
vom 24. N
vom 13. N
haltene P
durchzufü
wirtschaftl
den in de
möglichster

Berlin,
hat in der
die Berech
Ausbau de
Deutschlan
ferungen i
billigkeit e
gung seine
ferstraßen
rechnet, da
nenwasser
kräfte gew
4 Milliar
wird von
der Wasser
ster seiner
genommen
Sicher ge
über die
mit dem
Main, der
Ufierung d
Rühr, sow
Maschinen
war, wurde
Weiterbau
Wasserstra
minister in